



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 9. Oktober 2012 (11.10)
(OR. en)**

14597/12

GENVAL 69

VERMERK

des	Vorsitzes
für den	AStV/Rat
Betr.:	Abschlussbericht über die dem Thema "Finanzkriminalität und Finanzermittlungen" gewidmete fünfte Runde der gegenseitigen Begutachtung

Bekämpfung der Finanzkriminalität und Förderung von Finanzermittlungen als Beitrag zu einem besseren Europa

Im Rahmen des übergeordneten Ziels, auf ein "besseres Europa" hinzuwirken, will der zyprische Vorsitz einen Zusatznutzen für die Bekämpfung der Finanzkriminalität und die Förderung von Finanzermittlungen erbringen und damit den Europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts weiter stärken.

Die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität zählt zu den größten Gefahren für die Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Besondere Sorge bereitet in diesem Zusammenhang die Durchdringung der legalen Wirtschaft durch schwere und organisierte Kriminalität (einschließlich der Finanzierung des Terrorismus). Um dieser Bedrohung begegnen zu können, bedarf es zügiger und umfassender Maßnahmen aller Strafverfolgungs- und Justizbehörden in der gesamten Europäischen Union. Es ist offensichtlich, dass die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Finanzkriminalität zwischen allen einschlägigen Akteuren, einschließlich der nicht der Strafverfolgung zuzurechnenden Behörden, auf nationaler und internationaler Ebene verbessert werden muss.

Der Abschlussbericht über die fünfte Runde der gegenseitigen Begutachtung, die dem Thema "Finanzkriminalität und Finanzermittlungen"¹ gewidmet war, wurde unter dem zyprischen Vorsitz fertiggestellt und enthält Schlussfolgerungen zu den vorstehend umrissenen Fragen, die dem Rat als Grundlage für entsprechende Beschlüsse dienen sollen.

¹ Dok. 12657/2/12 REV 2 GENVAL 51.

Die Begutachtung erstreckt sich inhaltlich auf zahlreiche Rechtsakte zur Bekämpfung der Finanzkriminalität; sie geht allerdings über die bloße Prüfung der Umsetzung der einschlägigen EU-Rechtsvorschriften hinaus, so dass das Thema unter einem größeren Blickwinkel betrachtet wird.

Der zyprische Vorsitz betrachtet den Bericht, einschließlich der zugehörigen Schlussfolgerungen und Empfehlungen, vor allem in Anbetracht der gegenwärtigen Finanzkrise als ein sehr wichtiges Dokument, das zur rechten Zeit vorgelegt wird, und ist der Überzeugung, dass der Bericht als Grundlage für eine politische Aussprache über die Frage dienen könnte, inwiefern Initiativen im Bereich des Strafrechts zur verbesserten Bekämpfung der organisierten Kriminalität beitragen können.

Auf Grundlage des Abschlussberichts über die dem Thema "Finanzkriminalität und Finanzermittlungen" gewidmete fünfte Runde der gegenseitigen Begutachtung, vor dem Hintergrund der Finanzkrise und im Hinblick auf weitere Fortschritte auf dem Weg zu einem besseren Europa durch Stärkung des Europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ersucht der Vorsitz die Minister, folgende Fragen zu erörtern:

- 1. Sind die Minister der Ansicht, dass die Umsetzung des Grundsatzes, dass sich Verbrechen nicht lohnen darf, mit strafrechtlichen Mitteln, durch Initiativen in Bezug auf Finanzkriminalität und Finanzermittlungen, wie etwa den jüngsten Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie über die Sicherstellung und Einziehung von Erträgen aus Straftaten in der EU, sowie den Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichtetem Betrug weiter vorangetrieben werden sollte?*
- 2. Teilen die Minister die Ansicht, dass in allen Mitgliedstaaten zentrale Bankkontenregister oder ähnliche Mechanismen eingerichtet werden sollten, damit die einschlägigen Ermittlungsbehörden Zugang zu den erforderlichen Daten haben, insbesondere um die schnelle Identifizierung von Bankkonten einer Person zu ermöglichen, die Gegenstand von Ermittlungen ist?*
- 3. Teilen die Minister die Auffassung, dass der Ausweitung des Austauschs von operativen Informationen zwischen den Strafverfolgungsbehörden, insbesondere zwischen zentralen Meldestellen (FIU) und Vermögensabschöpfungsstellen, weitere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte?*